

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 20.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 407 bis 409 einfügen:

Unabhängigkeit der Justiz müssen deshalb schon im Ansatz entschieden entgegengetreten werden. Gleichzeitig muss die politische Unabhängigkeit der Ermittlungsbehörden gewährleistet werden. Wir werden daher das Weisungsrecht des Justizministeriums gegenüber den Staatsanwaltschaften abschaffen. Unsere Politik hat die Sicherheitsstrukturen in den letzten Jahren gezielt gestärkt. Wir haben massiv in Polizei, Justiz und

Begründung

Der EuGH kritisiert seit Jahren die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften in Deutschland als potenzielles Einfallstor für politische Einflussnahme (vgl. bspw. <https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/eugh-urteilt-deutsche-staatsanwaltschaft-nicht-unabhaengig>). Diese Konstruktion stellt insbesondere dann eine erhebliche Gefahr u. A. für Medienschaffende da, sobald antidemokratische Kräfte in einem Bundesland den Justizminister stellen, wie es ab den kommenden Landtagswahlen in Ostdeutschland der Fall sein könnte. Dies könnte bspw. zu Ermittlungen gegen unliebsame Journalisten führen. Hierfür gab es mit den Durchsuchungen bei Radio Dreyeckland in Baden-Württemberg bereits einen Präzedenzfall (siehe https://freiheitsrechte.org/themen/demokratie/radio_dreyeckland). Unser Land sollte daher mit gutem Beispiel vorangehen und das Weisungsrecht der Justizministerien endlich abschaffen, so wie vom EuGH gefordert.